

INLAND

SPD sackt deutlich ab

BERLIN/KÖLN (dpa). Die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Martin Schulz sackt in der Wählergunst weiter ab. Im neuen ARD-Deutschlandtrend kommt die Partei auf aktuell 27 Prozent – ein Minus von vier Prozentpunkten gegenüber der letzten Umfrage Mitte April. Die Union verbessert sich um drei Punkte auf 37 Prozent. Die Grünen verharren bei 8 Prozent, ebenso die Linke bei 7 Prozent. Die FDP legt auf 8 Prozent zu (plus 2 Punkte), die AfD verliert leicht auf 10 Prozent (minus 1).

Anhörung von Folteropfern

BERLIN (dpa). Der Generalbundesanwalt hat gut zwei Monate nach der ersten deutschen Strafanzeige wegen Folter in syrischen Gefängnissen mit der Vernehmung der Zeugen begonnen. Die sehr ausführlichen Anhörungen der Folterüberlebenden begannen diese Woche in Berlin. Die Opfer, die heute größtenteils Deutschland leben, haben unter anderem gegen syrische Regierungsvertreter Strafanzeige gestellt.

AUSLAND

Türkei kritisiert Asylgewährung

ISTANBUL (dpa). Die Türkei hat die Aufnahme türkischer Soldaten als politische Flüchtlinge in Deutschland verurteilt und eine Prüfung der Entscheidung gefordert. Man bedauere, dass die Asylträge mancher ehemaliger Militärs positiv entschieden wurden, teilte das Außenministerium in Ankara am Donnerstag mit. Die deutschen Behörden hätten mit der Entscheidung „Nachsicht mit der Geisteshaltung der Putschisten gezeigt“.

Migrant auf Boot erschossen

CATANIA (dpa). Die italienische Polizei hat einen mutmaßlichen libyschen Schmuggler festgenommen, der während der Überfahrt von Afrika nach Europa einen Migranten auf einem Flüchtlingsboot erschossen haben soll. Neben dem jungen Mann wurde ein weiterer Libyer verhaftet, wie die Polizei mitteilte. Die jungen Männer sollen Teil einer libyschen Schmugglergruppe sein.

Visumfreiheit für Ukrainer

BRÜSSEL (dpa). Bürger aus der Ukraine bekommen noch vor dem Sommer die langersehnte Visumfreiheit für Reisen nach Deutschland und in die anderen Schengen-Staaten. Vertreter der EU-Staaten beschlossen am Donnerstag endgültig die entsprechenden Regelungen. Sie soll im Juni in Kraft treten.

ZENTRALREDAKTION

Sekretariat Mainz:
Telefon: 06131-485875
Fax: 06131-485868
E-Mail: politik@vrm.de

Sekretariat Wiesbaden:
Telefon: 0611-355-5337
Fax: 0611-355-3344
E-Mail: hessen@vrm.de

Sekretariat Darmstadt:
Telefon: 06151-387-2727
Fax: 06151-387-2730

Blattmacher:
Andreas Härtel, Claudia Nauth, Ute Siegfried-Henkel, Sigrud Babst, Oliver Bär, Wolfgang Blum, Ken Chovanetz, Florian Giezwski, Jörg Hamm, Klaus Thomas Heck, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Thorsten Lutz, Katrin Oltmanns, Birgit Schenk, Isabell Steinbach, Rüdiger Vogel.

„Frankreich – revolutionäres Land“

POLITIK-EXPERTE Der konservative Parlamentskandidat Philippe Gustin befürchtet Widerstand gegen Reformen

PARIS. Philippe Gustin ist einer der führenden Köpfe der französischen Konservativen in der Partei „Les Républicains“. Im Gespräch mit dieser Zeitung sagt er, es könne einen heißen Herbst geben, wenn der künftige Präsident Emmanuel Macron Reformpläne angeht: „Die 35-Stunden-Woche ist eine Heilige Kuh.“

Monsieur Gustin, was ist das Beste am zukünftigen französischen Präsidenten Emmanuel Macron?

Dass er jung ist – sagen 70 Prozent der Franzosen. Meine Landsleute wollten diesmal etwas anderes – das alte System und seine Protagonisten ab-

INTERVIEW

wählen. Ich kann das nachvollziehen. Aber Vorsicht: Es gibt so viel zu tun, das geht nicht ganz ohne Leute mit Erfahrung.

Feuert der Front National (FN) Marine Le Pen?

Kaum. Sie hat Fehler gemacht, vor allem hat sie das TV-Duell gegen Macron wegen ihrer Aggressivität verloren. Aber da haben die Menschen auch gespürt, wie gefährlich die Politik des Front National ist.

Und trotzdem bekam sie am 7. Mai 11 Millionen Stimmen.

Ja, das zeigt, dass ihr die ‚Entteufelung‘ des Front National gelungen ist. Was ich nicht akzeptiere: Als ihr Vater Jean-Marie Le Pen 2002 mit 18 Prozent gegen Jacques Chirac verlor, gab es anschließend Massendemos gegen den FN. Diesmal hat es niemanden berührt, dass

VITA

► **Philippe Gustin** (57), einst Lehrer in Landau, promovierte über die Familienregister dieser Stadt. Danach Elite-Hochschule ENA, Positionen als hoher Beamter, Stabschef im Bildungsministerium, Botschafter in Rumänien. Im Juni kandidiert er bei der Parlamentswahl für eine der Abgeordnetenpositionen, die eigens für die drei Millionen Franzosen im Ausland zuständig sind.



„Ich hoffe, Macron bleibt souverän, wenn etwas passiert“ – Philippe Gustin im Interview mit dieser Zeitung.

Foto: Harald Kaster

Marine Le Pen im ersten Durchgang 23 Prozent holte. Das ist ein gefährlicher Gewöhnungsprozess.

Viele junge Leute haben Marine Le Pen gewählt.

Was uns vor dem Front National schützt, sind ältere Wähler, die ein bisschen Vermögen und Angst haben, dass Frankreich den Euro verlässt.

Das klingt sarkastisch.

Ist aber so. Es gibt eine enorme Krise in der französischen Gesellschaft. Es gibt Leute, die in der Globalisierung gewinnen. Andere, die leiden oder Angst haben, wählen Le Pen.

Was muss Macron tun?

Frankreich hat Riesenziele, braucht aber ganz dringende Reformen. Eigentlich weiß jeder, was nötig ist. Das Arbeitsrecht benachteiligt Arbeitgeber unzulässig. Unser System von Arbeitslosigkeit bietet viel zu wenig Anreize, sich Arbeit zu suchen. Das Rentenalter muss von 62 auf 65 angehoben werden, die Arbeits-

zeit wieder von 35 auf 39 Wochenstunden. Und: Frankreich hat sechs Millionen Beamte, das sind einfach zu viele.

Vor 15 Jahren hieß der kranke Mann in Europa: Deutschland. Dann kamen Schröders Agenda-Reformen.

Ja, ihr habt das gemacht, als es noch machbar war. Als Chirac 2002 die Präsidentschaftswahl mit 82 Prozent gewann, hätte er auch solche Reformen machen können. Aber seitdem sind 15 Jahre vergangen, und jetzt denken die Leute: Freizeit ist die wichtigste Sache der Welt. Die 35-Stunden-Woche ist eine Heilige Kuh.

Gibt es einen heißen Herbst mit Generalstreik, wenn Macron Reformen angeht?

Das könnte passieren. Die Gewerkschaften und die extreme politische Linke haben die Macht, zu mobilisieren. Frankreich ist ein revolutionäres Land. Wenn die Leute auf der Straße sind, ist es wie bei der Zahnpasta: Du kriegst sie nicht mehr in die Tube zurück. Was

mir aber am meisten Sorge macht, ist die Schuldenpolitik. Eine Verschuldung von 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das ist horrend.

Sicherheit – ein Schicksalsthema, gerade für Frankreich.

Ja. Ich hoffe, Macron bleibt souverän, wenn etwas passiert. Ja, Frankreich ist bitter betroffen. Aber die gesamte Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist nur europäisch zu lösen. Es ist unerträglich, wie manche Europa immer zum Buhmann machen. Die Welt ist ein Dampfkessel, und nur, wenn Europa zusammenhält, wird es nicht zum Zwerg. Das muss sich auch Deutschland klar machen, das für Verteidigung zu wenig Geld ausgibt und manchmal zu stark in Pazifismus verharrt.

Für letztere Ansicht bekommen Sie in Deutschland nicht nur Beifall. Aber noch mal zur inneren Sicherheit im engen Sinn; in Deutschland sind da die Säulen der Debatte: mehr Geld für mehr Polizisten, schärfere Gesetze,

weniger Datenschutz.

In Frankreich geht es auch um Geld, aber noch mehr um suboptimales Management und um die Mentalität der Bürger.

Mentalität?

Ja. An schärfere Kontrollen wegen Attentaten hat man sich gewöhnt. Aber viele Bürger haben eine historisch gewachsene Skepsis gegenüber Autoritäten und allem, was eine Uniform trägt. Polizisten bekommen Anerkennung, wenn sie nach Anschlägen effizient arbeiten, aber wenn sie bei der nächsten Demo gegen Protestierer vorgehen, kann es ihnen passieren, dass sie als Faschisten beschimpft werden.

Werden die notwendigen Reformen gelingen?

Mit viel Mut wird's gehen.

Und auch, wenn es Streit zwischen Deutschland und Frankreich gibt – Ihr mögt uns noch?

Ja, keine Sorge.

Das Interview führte Reinhard Breidenbach.

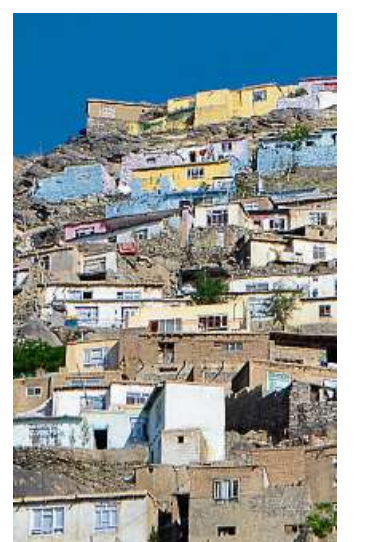
Staaten wollen Somalia helfen

LONDON (dpa). Mit Hunderten Millionen Euro soll dem Krisenstaat Somalia zu mehr Stabilität verholfen werden. Dazu bekannten sich unter anderem Regierungsvertreter aus Deutschland, Großbritannien und Repräsentanten der EU bei der Somalia-Konferenz in London am Donnerstag. Dem Land droht wegen anhaltender Dürre eine Hungersnot. Große Teile des Landes werden von der islamistischen Terrormiliz Al-Shabaab kontrolliert. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) äußerte sich zuversichtlich, dass die Hilfe Wirkung zeigen wird. „Wir haben eine neue Regierung (in Somalia), die mehr anpacken will“, sagte er in London. Er versprach, die deutsche Unterstützung von ursprünglich geplanten 70 auf etwa 140 Millionen Euro für dieses Jahr zu verdoppeln. Erst Anfang Mai hatte er das Land als erster deutscher Außenminister besucht. Die Europäische Union kündigte zusätzliche Hilfsgelder in Höhe von 200 Millionen Euro an.

Afghanistan: Keine weiteren Soldaten

BERLIN (dpa). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will trotz Rufen nach einer stärkeren Nato-Präsenz vorerst keine weiteren deutschen Soldaten nach Afghanistan schicken. „Ich glaube nicht, dass wir sozusagen an erster Stelle stehen, was es darum geht, unsere Kapazitäten dort zu erhöhen“, sagte Merkel nach einem Gespräch mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Berlin. Die Kanzlerin zeigte sich offen für Diskussionen über eine mögliche Einbindung der Nato in den Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) im Irak und in Syrien. Sie habe Stoltenberg ermutigt, Gespräche darüber weiterzuführen, sagte Merkel. Vielleicht könnten diese schon beim ersten Nato-Gipfel mit dem neuen US-Präsidenten Donald Trump am 25. Mai abgeschlossen werden.

Gegen Angst – Kabul wird bunt



Farbige Häuser sollen die Stimmung der Menschen in Kabul verbessern. Foto: dpa

KABUL (dpa). Die Kabuler Stadtverwaltung startet ein Projekt zur Stimmungsaufhellung ihrer Bürger und lässt 2000 bisher staubbraune Lehmhäuser bunt anmalen. 120 seien schon gestrichen worden, sagte der Stadtsprecher Abdul Dschalil Sultani am Donnerstag. Die Häuser liegen an Kabuls steilen, felsigen Hängen, wo oft die Ärmsten der Armen leben. Man habe absichtlich knallige Farben ausgesucht – Orange, Rot, Blau, Gelb –, um die „mentale Entspannung“ zu fördern. Jede Familie habe sich die Farbe selber aussuchen dürfen. Kabul hat mittlerweile geschätzte fünf Millionen Einwohner. Seit Jahren ist die Stadt das Ziel von Menschen, die aus den armen Provinzen fliehen, wo sich zudem der Krieg mit den radikalislamischen Taliban stark verschärft. Gleichzeitig steigt die Zahl der Anschläge.

Griff zum „Hexenhammer“

KLIMADEBATTE AfD-Abgeordneter irritiert mit Attacke auf Grüne

STUTTGART (dpa). Mit einem Vergleich der Methoden zur Bekämpfung von Klimakatastrophen hat der AfD-Abgeordnete Rainer Podeswa im Stuttgarter Landtag für Irritationen gesorgt. Im Mittelalter habe man gemäß dem „Hexenhammer“ Hunderte von Frauen verbrannt und damit das Klima gerettet. Das seien die Ergebnisse einer „ökostalinistischen, schon wahnhaften Mission“, die die Grünen in Baden-Württemberg bei diesem Thema verfolgen würden, sagte der stellvertretende AfD-Fraktionschef. Seine Partei hingegen stünde für eine Klimapolitik der Vernunft.

Seine Fraktion applaudierte ihm. Aus anderen Fraktionen gab es Reaktionen des Entsetzens. „Das ist wirklich unglücklich“, sagte die nächste Rednerin in der Debatte über den Klimawandel und dessen Folgen, die Grünen-Abgeordnete Martina Braun. Von Geschichtsvergessenheit in Verbindung mit einer menschlich nicht vertretbaren Aussage sprach hingegen CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart.



Rainer Podeswa (AfD) provozierte im Stuttgarter Landtag. Foto: dpa

Das angesprochene Werk von 1486 gilt als Handbuch für „Hexenjäger“. Es gehört zu den frauenfeindlichsten und verhängnisvollsten Büchern der Weltliteratur, wie es in einer aktuellen Ausstellung „Hexenwahn in Ravensburg“ heißt. Aus Sicht der Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP markieren die Aussagen von Podeswa einen neuen Tiefstand in den Beiträgen der AfD. Diese Äußerungen zeigten ein menschenverachtendes Frauenbild der Partei, hieß es in einer ge-

meinsamen Mitteilung. Hetzen, Provozieren, Relativieren seien der typische Dreiklang der AfD. Konkrete Konsequenzen hat die Äußerung für den AfD-Abgeordneten aus dem Wahlkreis Heilbronn aber nicht. Nach juristischer Prüfung erteilte Parlamentspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) keinen Ordnungsruf. Grund: Die in den Augen viele Beobachter geschmacklose Aussage sei eine Meinungsäußerung des Abgeordneten und „nicht so gemeint gewesen“.

Linke: Trickserei bei Ausreisepflichtigen

RÜCKKEHRER Neues Online-Portal vorgestellt

BERLIN (dpa). Die Linke wirft der Bundesregierung „Trickserei“ beim Umgang mit der Zahl an Ausreisepflichtigen vor. Die Angaben im Ausländerzentralregister zu Ausreisepflichtigen seien aufgrund von Fehleintragungen deutlich zu hoch, sagte die Linke-Politikerin Ulla Jelpke am Donnerstag in Berlin. „Höchstwahrscheinlich ist die reale Zahl der im Land lebenden Ausreisepflichtigen um bis zu 35 Prozent niedriger.“ Die Bundesregierung operiere trotzdem mit dem überhöhten Zahlenmaterial, um „flüchtlingsfeindliche Gesetze“ durchzusetzen. Das Bundesinnenministerium wies die Vorwürfe zurück.

Jelpke beruft sich auf einen Leitfaden des „Beauftragten für Flüchtlingsmanagement“, Frank-Jürgen Weise, zur „Verbesserung der Datenqualität im Ausländerzentralregister (AZR)“ von Ende März. Dieser liegt der dpa vor. Darin heißt es, die Datenlage im AZR weise „teils erhebliche Defizite“ auf. Es gebe eine „signifikante Anzahl inkonsistenter oder

unplausibel erscheinender Datensätze“. Jelpke sagte, so bestünden bei insgesamt 25 Prozent der angeblich Ausreisepflichtigen erhebliche Zweifel an deren Ausreisepflicht.

Die Bundesregierung beruft sich regelmäßig auf die AZR-Zahlen, etwa bei der Debatte über freiwillige Ausreisen oder die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber. Innenstaatssekretär Ole Schröder (CDU) ging gerade erst am Donnerstag darauf ein. Bei der Vorstellung eines Online-Portals für abgelehnte Asylbewerber, die eine freiwillige Rückkehr in ihre Heimat erwägen, sagte Schröder, mit Stand Ende Februar seien rund 215 000 Ausreisepflichtige in Deutschland registriert gewesen. Etwa 60 000 davon hätten keine Duldung.

Jelpke erinnerte daran, dass es sich schon 2011 gezeigt habe, dass die Zahl der Ausreisepflichtigen ohne Duldung damals nicht wie offiziell angegeben bei 70 000, sondern bei 30 000 gelegen habe.